



Foto: C.v.Polentz transifoto.de

Geh denken!: Tausende Demokraten folgten dem Aufruf des Bündnisses von Gewerkschaften und Parteien in Dresden.

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND GEGEN NEONAZIS

»Nicht in unserem Namen«

Monatelang hatten sie mobilisiert und aufgerüstet: Neonazis aus ganz Deutschland und europäischen Nachbarländern. Sie wollten das Gedenken an die Opfer der verheerenden Bombenangriffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 für ihre Zwecke vereinnahmen. Gewerkschafter und Anhänger von Parteien aus der Elbestadt und ganz Deutschland hielten dagegen.

12 500 Menschen waren nach Dresden gekommen, darunter Hunderte Metaller aus Berlin, Brandenburg und Sachsen. Sie gedachten der Bombenopfer und wehrten sich gegen die Vereinnahmung durch Neonazis. »Nicht in unserem Namen« stand auf Transparenten der drei Demonstrationzüge, die einem Marsch von 6000 Nazis die Stirn

boten. Es wurde nicht der Tag der Rechtsextremen.

Trotzdem waren die Veranstalter vom Bündnis »Geh denken!« und sogar die Polizei, die die Umzüge mit 4000 Beamten absicherte, entsetzt über die Ansammlung so vieler Neonazis.

Insgesamt waren am Gedenktag 19 Veranstaltungen. In seiner Rede vor der Synagoge erinnerte

IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel daran, dass der Schrecken des Krieges, der von Deutschland in die Welt getragen wurde, 1945 nach Dresden zurückkehrte. Daraus erwachse für die Gegenwart die Verpflichtung, keine autoritären Strukturen zuzulassen. »Sicheres Einkommen, Tarifverträge, Arbeitsplätze und gute Arbeit, Schulen und gute Bildung sowie

Lebensperspektiven für junge Leute sind der beste Kampf gegen rechte Volksverdummer«, sagte Höbel. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Sachsen warnte er davor, für die NPD zu stimmen. »Auch der vermeintlich nette Nazi von nebenan bleibt ein Faschist und Menschenverächter«, sagte Höbel. ■

Marlis Dahne

► www.igmetall-bbs.de

Nicht alle schrien Hurra: der vergessene Widerstand

Alle reden von Stauffenberg – und der Widerstand der Arbeiter?

Wer weiß, dass es die Arbeiter waren – Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten, die ab 1933 Widerstand gegen das NS-Regime leisteten?

Mit Stauffenbergs Attentatsversuch hat dieser Widerstand gemeinsam, dass er leider nicht

zum Sturz des NS-Regimes führte. »Widerstandsaktionen im Betrieb zu organisieren, Zwangsarbeitern humanitär zu begegnen, dies waren neben der Sabotage in Rüstungsbetrieben und der Hilfe für untergetauchte jüdische Mitbürger Kennzeichen

des Arbeiterwiderstands«, sagte der Historiker Dr. Hans-Rainer Sandvoß auf einer Veranstaltung der IG Metall Berlin.

Mehr zum Widerstand in Berliner Betrieben steht in seinem Buch: »Das andere Berlin. 1933-45«.



Foto: www.transifoto.de

Stolpersteine in Berlin erinnern an den Arbeiterwiderstand gegen Nazis.

Das Fass ist übergelaufen

Warnstreik als Warnschuss: Belegschaft des IT-Dienstleisters EDS Eisenhüttenstadt wehrt sich gegen Unternehmerwillkür.

Mit einem zweistündigen Warnstreik haben 30 Beschäftigte des IT-Dienstleisters EDS in Eisenhüttenstadt am 10. Februar nachdrücklich gegen Kürzungspläne ihres neuen Mutterkonzerns Hewlett Packard (HP) demonstriert. Die Ingenieure und technischen Kräfte warnten die Geschäftsführung von HP, weiterer Personalabbau würde zwangsläufig zu Lasten der Qualität der Dienstleistung gehen. Der geplante Personalabbau sei nicht plausibel in einem IT-Unternehmen, das schwarze Zahlen schreibt.

»Wir fordern Tarifverträge zur Standort- und Beschäftigungssicherung, wir wehren uns gegen unsinnige Stellenkürzungen, und wir wollen unsere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen tariflich regeln«, sagte die Betriebs-

ratsvorsitzende Anke Krüger. Die Übernahme von EDS durch HP, wo bislang keine Tarifverträge gelten, dürfe nicht zum Verlust von wichtigen Standards der Arbeit bei EDS führen, betonte Krüger. »Beim ersten Warnstreik 100 Prozent der Belegschaft vor der Tür – das ist ein deutliches Signal an das Management, endlich mit der IG Metall und Verdi vernünftig zu verhandeln«, sagte Jutta Ehlers, Tarifsekretärin des Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen. Kosteneinsparungsprogramme, die vor allem auf Entlassungen setzten, seien weder innovativ noch kreativ. »Hier verlangen wir, dass das Unternehmen den Ansprüchen gerecht wird, die es sonst an die eigenen hochqualifizierten Beschäftigten stellt«, sagte Jutta Ehlers.

Mehr zu EDS: ► www.eds.dgb.de



Jetzt reicht es: Zum Warnstreik bei EDS kam die komplette Mannschaft.

Für ein weltoffenes Sachsen

Gemeinsame Erklärung von IG Metall und VSME

Rechtsextremisten, die immer wieder ihren Kopf heben, und die NPD im Landtag. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die gemeinsame Erklärung der sächsischen Metall-Tarifpartner gegen Rassismus und Extremismus nicht nur symbolischen Wert hat. Die Botschaft: In sächsischen Betrieben haben extremistische Ideen und Menschen,

die sie vertreten oder verbreiten, keinen Platz. Hier gilt Toleranz gegenüber Ausländern, Andersgläubigen und Minderheiten. Gewerkschaft und Arbeitgeber tragen entschlossen dazu bei, jeglichem Extremismus vorzubeugen und ihn zu bekämpfen.

Vollständiger Text der Erklärung:
► www.igmetall-bbs.de/Aktuelles

Qimonda: »Jetzt geht's für uns um alles«



Foto: Flechner

Verkehrshindernis in Dresden: 2800 Qimondianer.

2800 Menschen folgten am 4. Februar dem Ruf der IG Metall und des Betriebsrats: Sie demonstrieren für den Erhalt des Chip-Standorts. Diszipliniert und sehr entschlossen zeigten die Beschäftigten des Werkes: Wir fürchten um unsere Arbeitsplätze, aber jetzt nehmen wir den Kampf auf.

Dabei zeigte sich: Die IG Metall in Sachsen und der Vize-Ministerpräsident Thomas Jurk (SPD) stehen fest an ihrer Seite. Klar ist seit diesem Abend auch: Es kann nur eine politische Lösung auf europäischer Ebene geben, die EU-Kommission ist gefordert. Unter dem Beifall der

Qimondianer sagte IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel an die Adresse des Industriekommissars Günther Verheugen in Brüssel: »Machen Sie endlich Ihren Job. Bedenken Sie: Sie sind kein Industrie-Verhinderungskommissar.« Noch etwas ungewohnt, aber entschlossen hatte sich der erste Demonstrationszug in der Geschichte des Dresdner Chipherstellers Qimonda formiert. Der Abschluss der Aktion, die für Staus im Dresdner Berufsverkehr sorgte, war zugleich der Beginn einer offensiven Gegenwehr. »Das fühlt sich ganz neu an, aber gut«, sagten viele Teilnehmer beim Verlassen der Kundgebung.

EU-Arbeitszeitrichtlinie weiter umstritten

Die arbeitnehmerfeindliche Arbeitszeitrichtlinie der EU, die Arbeitszeiten bis zu 65 Stunden pro Woche ermöglicht, kann vielleicht doch noch kippen. Das Europäische Parlament hatte die Richtlinie nach starken Protestaktionen von Arbeitnehmern in Berlin und Straßburg im Dezember abgewiesen (**metallzeitung** berichtete). Gewerkschaftsmitglieder sollten ihre Entscheidung zur Europawahl im Juni vom Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in dieser Frage abhängig machen, sagte Doro Zinke, stellvertre-

tende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, auf einer tarifpolitischen Konferenz in Berlin. Derzeit arbeitet in Deutschland jeder Dritte mehr als 42 Stunden pro Woche. Zunehmende Nacht- und Schichtarbeit schaffe wachsende Gesundheitsrisiken.

IMPRESSUM

IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon 030-25 37 50-23, Fax 030-25 37 50-25, E-Mail: marlis.dahne@igmetall.de Verantwortlich: Olivier Höbel, Redaktion: Marlis Dahne

KURZ NOTIERT

■ **Rentenberatung und -anträge**
3., 10., 17., 24. und 31. März,
16 bis 18 Uhr, IG Metall-Haus,
Raum E 05, Bernd Dimmey, Ver-
sichertenberater. Termine bitte
unter Telefon 31 80 78 60 abstim-
men.

■ **Seniorinnen und Senioren**
Mittwoch, 18. März, 10 bis 12
Uhr, Infos zu Renten- und Sozial-
fragen, IG Metall-Haus, 1. Etage,
Raum 112.

Donnerstag, 23. April, Busfahrt
nach Frankfurt/Oder mit Oder-
Schiffsfahrt und Wanderung zu
den Adonisröschen. Anmeldung:
16. März, 10 bis 14 Uhr, IG Me-
tall-Haus, 1. Etage, Raum 112,
Telefon 2 53 87-110 danach
5 59 93 12.

■ **Erfolgreiche Betriebsrats-
gründung bei Novapax**

Nach langen Auseinandersetzungen haben die 200 Kolleginnen und Kollegen bei dem Automobilzulieferer Novapax in Tempelhof einen Betriebsrat gewählt. »Wir machen uns sofort an die Arbeit, um zum Beispiel die aktuelle Kurzarbeit zu regulieren«, sagt [Name], einer der Initiatoren dieser Betriebsratswahl. 90 Prozent der Beschäftigten beteiligten sich an der Wahl. Die Liste »IG Metall und Betriebsratsgründer« gewann vier von sieben der Betriebsrat-Sitze, [Name] ist Vorsitzender des Betriebsrats. Wir gratulieren.

Heute schon informiert?
Den Kontakt zur IG Metall Berlin,
eine Fülle von Infos, Terminen
und Neuigkeiten gibt's unter der
folgenden Internet-Adresse:

www.berlin.igmetall.de

IMPRESSUM

IG Metall Berlin
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
Telefon 0 30 - 25 38 71 47
Fax 0 30 - 25 38 72 720
E-Mail: berlin@igmetall.de
Internet:
www.berlin.igmetall.de
Redaktion: Klaus Abel (verantwortlich)

AUCH IN DER KRISE AKTIV UND ERFOLGREICH

Mehr Geld bei Kurzarbeit

Betriebsräte erreichen eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes.

Kurzarbeit, Entlassung von Leihkräften, keine Verlängerung der Verträge für befristet Beschäftigte, Entlassungen von Stammkräften – auch in Berlin hat die Krise die Betriebe der Metall- und Elektroindustrie erreicht.

Mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen sind derzeit in Kurzarbeit. Bei Mercedes-Benz in Marienfelde, BMW, Osram, Werzalit, EAW Relaistechnik, ZF Lenksysteme, Alu Druckguss, Brose, Metallwerk Oetinger, Pierburg, Delta Tech, Hettich, Häfele, Bekum und in anderen Betrieben haben die Betriebsräte mit der Geschäftsführung bereits Betriebsvereinbarungen zur Kurzarbeit geschlossen, in anderen Betrieben wird darüber noch verhandelt.

Die Vermeidung von Entlassungen, auch von Leihkräften und befristet Beschäftigten, ist dabei oberstes Ziel. Aber auch beim Geld kümmern sich Betriebsräte gemeinsam mit der IG Metall um faire Lösungen und

Verbesserungen für die Belegschaften.

Beispiele für gute Lösungen: Bei BMW stockt der Konzern das Kurzarbeitergeld auf 93 Prozent des alten Nettoentgelts auf, bei Mercedes-Benz auf 90 Prozent, bei ZF auf 80 Prozent, bei Osram gibt es pro Kurzarbeitstag zehn Euro extra.



Ute Hass

»Besonders für die Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin knapp bei Kasse sind, ist die Zuzahlung wichtig. Jeder Euro zählt, gerade jetzt in der Krise«, sagt Ute Hass, Betriebsratsvorsitzende bei Mercedes-Benz in Marienfelde.

Bei Bekum und Hettich hat der Betriebsrat erreicht, dass Beschäftigte, deren Nettoeinkommen durch die Kurzarbeit unter die Pfändungsfreigrenze fällt (für eine Person sind das 990 Euro im Monat), von der Firma bis zu 150 Euro Zuschlag im Monat erhalten.

Wichtig für die Betriebsräte ist auch: Die Bundesagentur für Arbeit hat – auf Drängen der Gewerkschaften – ihre Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit erheblich aufgestockt. Die Betriebsräte sollten das nutzen.

Informationen dazu und Unterstützung gibt es in der IG Metall-Verwaltungsstelle beim Kollegen Jens Prietzel, Telefon 2 53 87-1 06. ■

IG Metall-Jugend trifft sich am 18. März

Ein neuer Ortsjugendausschuss soll gewählt werden.

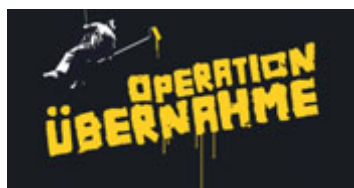
Die IG Metall-Jugend Berlin lädt alle Mitglieder bis zum 27. Lebensjahr zur Jugendmitgliederversammlung ein:

■ **Mittwoch, 18. März 2009,**
16 bis 18 Uhr, IG Metall-Haus,
Saal, 5. Etage, Alte Jakobstraße
149, 10969 Berlin.

Durch ihre Aktivitäten hat es die IG Metall im letzten Jahr geschafft, die Übernahme der Auszubildenden in der Metall- und

Elektroindustrie für mindestens zwölf Monate tarifvertraglich abzusichern. Jetzt gilt es, diesen Übernahmeanspruch betrieblich auch umzusetzen, weil junge Menschen Entwicklungschancen mit Festanstellung und guten Arbeitsbedingungen brauchen. Der zweite Teil der »Operation Übernahme« hat begonnen. Im Rahmen der Jugendmitgliederversammlung soll beraten werden, wie wir uns für die Übernahme der Azubis stark machen können. Ein neuer Ortsjugendausschuss soll auch gewählt werden.

Kontakt zur IG Metall-Jugend Berlin: Jens Prietzel, Telefon 2 53 87-1 06, E-Mail: jens.prietzel@igmetall.de, Internet: www.berlin.igmetall.de/jugend.html



Jugendliche werden beim Berufseinstieg unterstützt

Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz, Rückgang der Schulabgänger-Zahlen, Fachkräftemangel ... Das sind jedes Jahr einige der Schlagzeilen zu Beginn der betrieblichen Berufsausbildung. Das vom DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, mit initiierte Projekt »Netzwerk: Bildung – Begleitung – Beruf« soll Jugendliche auf dem Weg in eine betriebliche Berufsausbildung begleiten und ihnen helfen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Gesucht werden dafür »Bildungsbegleiter«. Gewerkschafter, Betriebsräte, JAV-Mitglieder, Vertrauensleute sind dafür gefragt. Bitte helft mit, »Bildungsbegleiter« zu finden. Nähere Infos gibt es bei Marco Steegmann, DGB, Telefon 2 12 40-2 00/-1 10.

»WOLFFKRAN«

Betriebsrat beginnt Arbeit

Der am 21. Januar 2009 erstmals gewählte Betriebsrat bei der Firma Wolffkran Brandenburg GmbH in Alteno bei Luckau hat seine Arbeit aufgenommen. Als eine der ersten Maßnahmen ließen sich die Mitglieder im Rahmen einer Betriebsratsitzung am 5. Februar in den Räumen der IG Metall in Cottbus schulen. Ziel dieser Schulung war die Vermittlung von Grundkenntnissen in der Betriebsverfassung. Im Zentrum stand hierbei die Darstellung der wichtigsten Mitbestimmungsrechte und der Formvorschriften wie die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfassung. Im zweiten Teil der Veranstaltung erstellten die Betriebsräte einen konkreten Arbeitsplan für das erste Quartal 2009. An erster Stelle hierbei steht die Teilnahme aller Betriebsratskollegen an einem Seminar der IG Metall in Berlin-Pichelssee. Dieses Wochenseminar soll vertiefende Kenntnisse im Betriebsverfassungsrecht vermitteln. Die Schulung in Cottbus sollte auch dazu dienen, die Kollegen nicht völlig ahnungslos nach Pichelssee reisen zu lassen. Wir wünschen dem Betriebsrat von Wolffkran viel Erfolg bei seiner Arbeit.

TERMINE

- **8. März, 13 Uhr**
Hallenfußballturnier in der Sporthalle Tuchmacherstraße 24, 03238 Finsterwalde
- **8. März, 14 Uhr**
Podiumsdiskussion »Ich bin mehr wert«, anschließend politisches Kabarett mit Gisela Oechelhaeuser im Konservatorium Cottbus Puschkinpromenade.
- **12. März, 17 Uhr**
Gemeinsame Delegiertenversammlung beider Verwaltungen in Cottbus
- **18. März, 14 Uhr**
GELA (Erwerbslosenarbeitskreis) im Büro der IG Metall

VOR ALLEM MÜSSEN JETZT ENTLASSUNGEN VERHINDERT WERDEN

Krise hat Metallindustrie erreicht

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist sinnvoll und notwendig.

Als im vergangenen Jahr die Finanzkrise ausbrach, dachten viele Fachleute, dass die reale Wirtschaft davon kaum betroffen sein würde. Jetzt befindet sich die Weltwirtschaft in einer tiefen Krise. Die beiden zentralen Probleme sehr vieler Industrieunternehmen lauten: Auftragseinbruch sowie fehlende Auftrags- und Investitionsfinanzierung.

Diese Probleme drohen in eine enorme Beschäftigungskrise umzuschlagen. Die IG Metall kämpft für Beschäftigungssicherung. Sie fordert von Politik, Banken und Unternehmen schnelles und zielgerichtetes Handeln. 2009 darf kein Jahr der Entlassungen werden. Spätestens seitdem der so genannte Rettungsschirm über den Banken aufgespannt wurde, wissen wir auch, dass wir als Steuerzahler diese gigantischen Kapitalsummen zu bezahlen haben.

Die spekulativen Gewinne flossen in den Jahren der Hoch-

konjunktur in die privaten Taschen der Spekulanten, die nicht gedeckten Verluste werden nun beim Staat abgeladen.

Die Aktienkurse sind massiv gefallen. Auch viele kleine und mittlere Einkommensbezieher erleiden einen Vermögensverlust ihrer Kapitalanlagen auf dem Aktien- und Anlagenmarkt.

Praktisch alle Länder der Welt sind betroffen. Auch der Exportweltmeister Deutschland. Auf eine negative Prognose folgt die nächste.

All dies hat sichtbare Zeichen hinterlassen. Zurzeit stellen sich die Betriebsräte in der Metallindustrie auf Kurzarbeit und tarifliche Beschäftigungssicherungsmaßnahmen ein, nachdem sie dem Konjunkturrückgang zum Jahreswechsel noch mit Reparaturen, Lagerproduktion, Arbeitszeitkonten oder Urlaub begegnen konnten.

Die Bundesregierung hat nun

die Verlängerung des Kurzarbeitszeitraums auf bis zu 18 Monate verfügt. Die Arbeitgeber werden bei der Sozialabgabepflicht hälftig befreit. Wenn sie zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen in der Kurzarbeitszeit vornehmen, die zusätzlich gefördert werden kann, fallen die Sozialabgabepflichten ganz weg.

Die Betriebsräte müssen sich jetzt mit den aktuellen Vorschriften zur Kurzarbeit und mit Beschäftigungssicherung befassen. Die Kurzarbeits-Betriebsvereinbarungen müssen rechts- und tarifkonform abgesichert werden. Die IG Metall berät dabei. ■

Die Gebote der Stunde heißen:

- **Entstehende Freiräume aktiv nutzen, Mitbestimmungsrechte konsequent wahrnehmen.**
- **Tarifkonditionen müssen gesichert oder finanzielle Einschnitte gemildert werden.**
- **Entlassungen verhindern.**

Tarifsplitter

Wieder Tarifverhandlungen bei Reiss Büromöbel.

Als Ergebnis von drei längeren Tarifgesprächen konnte bei Reiss der Weg zur Aufnahme von Tarifverhandlungen geebnet werden. Die Geschäftsführung wird nach der Entgelterhöhung 2008 nun ab 1. Januar eine einprozentige Entgelterhöhung und ab 1. April eine weitere 60-Euro-Pauschalerhöhung für alle Entgeltgruppen leisten. Diese Entgeltanpassungen bilden

dann ab Mai die Ausgangsbasis für weitere Tarifverhandlungen zwischen den Tarifparteien. Ziel der Tarifverhandlungen soll die Modernisierung ihrer Haustarifvertragsbedingungen und eine längerfristige Entgeltentwicklung



Biss und Bildung müssen sein – Seminar für neugewählte Jugendvertreter in Kemnitz.

sein. Nun müssen alle Reiss-Beschäftigten Mitglied der IG Metall werden, damit gute Ergebnisse ausgehandelt werden können. ■

»GEGEN SOZIALABBAU UND KRIEG«

Der Erwerbslosenarbeitskreis (GELA) der IG Metall-Verwaltungsstelle Südbrandenburg ruft gemeinsam mit dem Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB) und der »Potsdamer Friedenskoordination« alle Kolleginnen und Kollegen auf, an der Demonstration am Samstag, 4. April, um 14 Uhr in Potsdam am Luisenplatz unter dem Motto »Gemeinsam gegen Sozialabbau und Krieg« teilzunehmen. Rückmeldungen bitte an die Verwaltungsstelle.

IMPRESSUM

IG Metall Südbrandenburg
Leipziger Straße 8–12
03238 Finsterwalde
Telefon 0 35 31 – 50 78 78-0
IG Metall Cottbus
Ostrower Platz 20
03046 Cottbus
Telefon 03 55 – 38 058-0
Redaktion: Ralf Köhler (verantwortlich), Gabi Eichner

IN KÜRZE

Warnstreik bei EDS

Nachdem die EDS (Elektronik Data Systems) von HP (Hewlett Packard) gekauft wurde, sollen auch in Eisenhüttenstadt Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Geschäftsführung verweigert



den Abschluss von Standortsicherungs- und Beschäftigungssicherungstarifverträgen. Daraufhin gab es am 10. Februar einen ersten Warnstreik der Beschäftigten der EDS in Eisenhüttenstadt. Weitere Warnstreiks befanden sich bei Redaktionsschluss in Planung.

TERMINE

■ Delegiertenversammlung/ Funktionärskonferenz

Am 20. März um 16.30 Uhr im Restaurant Löcknitz Idyll in Erkner.

■ Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

24. März: Gesprächsrunde mit dem Arbeitsdirektor von Arcelor-Mittal in Eisenhüttenstadt

10. März von 16.30 bis 19.30 Uhr im Familiengarten in Eberswalde, Veranstaltung der DGB-Region »Rente muss zum Leben reichen« unter anderen mit Annelie Buntbach vom DGB-Bundesvorstand.

IMPRESSUM

IG Metall Ostbrandenburg
Gartenstraße 2
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon 03 35-5 54 99-0
Fax 03 35-54 97 34
Redaktion: Peter Ernsdorf
(verantwortlich), Monika
Schmidtchen

GEMEINSAM GEHT ES BESSER

Ohne IG Metall geht nichts

In Falkenhagen war vom 13. bis 15. Februar ein Wochenendseminar zu der Thematik: »Die Zusammenarbeit von Betriebsräten, Jugendvertretern und Vertrauensleuten mit der IG Metall«.

Die Atmosphäre war sehr aufgelockert, weil die Teilnehmergruppe aus Mitgliedern aus verschiedenen Betrieben und mit unterschiedlichem Alter bestand.

Den Jugend- und Auszubildendenvertretern sowie den Vertrauensleuten gefiel die enge Zu-

sammenarbeit mit den Betriebsräten sowie der Erfahrungsaustausch mit den Senioren der IG Metall.

Im Plenum wurde die aktuelle wirtschaftliche Situation sowie deren Auswirkung auf die Betriebe diskutiert. Es wurden Mög-

lichkeiten aufgezeigt, um den Folgen entgegenzuwirken.

Am ersten Abend wurden Themen zusammengetragen, die im Laufe des Wochenendes in Gruppen erarbeitet und im Plenum vorgestellt wurden. Nach der kreativen Arbeitsphase kam das gemütliche Zusammensein nicht zu kurz, wie zum Beispiel an der Kegelbahn.

Alle Anwesenden nehmen das hier Erlernte mit nach Hause, um es dort umzusetzen. Weiterhin ist im März vom 13. bis 15. ein Wochenendseminar, wofür sich jetzt schon die Teilnehmer interessieren, um ihre fachliche Kompetenz als Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertretung zu stärken. ■



Teilnehmer des Seminars

„Rente muss zum Leben reichen“

Senioren diskutieren über die Altersarmut.

Der AGA Arbeitskreis Eisenhüttenstadt lud am 27. Januar diesen Jahres zu einer interessanten Veranstaltung ins Technologiezentrum IPS in Eisenhüttenstadt ein.

Immerhin 50 Teilnehmer erfuhren Wissenswertes zur Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung, stellten Fragen und diskutierten.

Der IG Metall-Arbeitskreis hatte sich als kompetenten Gesprächspartner Ingo Nürnberger vom DGB-Bundesvorstand ein-

geladen, der zum Thema »Gewerkschaftliche Strategien für eine solidarische und nachhaltige Alterssicherungspolitik« vortrug.

Unsere engagierten Senioren fügten mit der Veranstaltung ihrem Kampf für ein gerechtes einheitliches gesamtdeutsches Rentensystem einen Baustein hinzu, der sich nahtlos einordnet in die DGB-Kampagne »Rente muss zum Leben reichen« und die Aktionen der IG Metall für einen neuen Generationenvertrag.



Ingo Nürnberger vom DGB bei seinem Vortrag.

»Geh denken«

Dem Aufruf »Geh denken« schlossen sich am 14. Februar in Dresden IG Metall-Vertrauensleute aus dem EKO aus Eisenhüttenstadt sowie Vertreter der Einzelgewerkschaften der DGB-Region Ostbrandenburg an.



Friedlich und entschlossen gegen Rechtsextremisten aus Europa

AUSGEPLAUDERT

Gott hat wohl, er kann sich schließlich nicht um alles kümmern, einen schlechten Tag gehabt, als er einen Papst zum Stellvertreter machte. Ein Papst ist, vom heiligen Geist geleitet, unfehlbar. Sollte er dennoch einen Fehler machen, macht es ihn, weil Fehler menschlich sind, noch sympathischer. Das bekamen wir kürzlich von katholischen Würdenträgern zu hören. Hintergrund ist die Heimholung der vier Piusbrüder (Akt »väterlicher Barmherzigkeit«) in den Schoß der katholischen Kirche. Zu den feinen Brüdern zählt der erzkonservative Brite Richard Williamson. Dieser Mann, der einst in einer Predigt der Frau die Fähigkeit und das Recht zum eigenständigen Denken, zur höheren Bildung und Selbstbestimmung absprach, leugnet den Holocaust. Die Vergasung von Millionen Juden hat es für ihn nicht gegeben. Gaskammern bezeichnet er, so es sie für ihn überhaupt gegeben hat, als »Einrichtung zur Desinfizierung« und Juden müsse man, wie es ein Mitbruder erklärte, wie Heiden missionieren. Was um Himmelswillen geht im Gehirn eines Richard Williamson vor, dass er unzählig bewiesene Greueltaten an den Juden leugnen kann. Und wie viel Öl gießt er damit aufs Feuer der Rechtsextremisten, die eifertig die »mutige Aussage« dieses Mannes begrüßen und sich mehr und mehr etablieren. Die Rehabilitierung von Williamson – ein peinlicher Fehler eines deutschen Papstes, der nur zu gut weiß, dass Deutsche ein Verbrechen ohne Beispiel angestellt haben? Aber »Friede, Freude, Eierkuchen« sei mit euch. Der Papst war nur schlecht beraten, wie es beschwichtigend heißt, und inzwischen hat er sich ja auch nachdrücklich gegen eine Leugnung des Holocaust gestellt, was unsere Kanzlerin, deren Kritik am Verhalten des Vatikans den Unwillen seiner unfehlbaren Heiligkeit hervorgerufen hat, in sauberstem Diplomatendeutsch, für ein wichtiges, gutes Signal hält. Also Brüder, hört die Signale.

von Manfred Ende

GEWERKSCHAFTLICHE MITBESTIMMUNG LEBT AUCH IM HANDWERK

Beschäftigung im Handwerk sichern

13. Gesellentag fordert mehr soziale Gerechtigkeit. Arbeitsministerin Dagmar Ziegler für Mindestlohn.

Unter der Überschrift »Handwerkliche Selbstverwaltung im Zeichen der Wirtschaftskrise« hat unser Vizepräsident der Handwerkskammer Potsdam, Thomas Erdmann, Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft zum 13. Potsdamer Gesellentag nach Caputh eingeladen.

Die Arbeitnehmervertreter des Handwerks hatten dabei den Schwerpunkt auf die Beschäftigungssicherung, die soziale Gerechtigkeit und den Fachkräftemangel gelegt.

Der Vizepräsident begrüßte ganz herzlich unsere Ministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dagmar Ziegler, und unser IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban.

Nachdem die Ursachen der Wirtschaftskrise benannt wurden, konzentrierte sich die Diskussion auf die Handlungsschwerpunkte auch im Handwerk. Es ist Zeit, nach vielen Schirmen der vergangenen Wo-

qualifizierte Ausbildung zu geben.

Eine der wichtigsten Aussagen der Ministerin war: »Um Lohn-dumping und ruinösen Lohn-wettbewerb in Deutschland zu bekämpfen, spreche ich mich, wie Sie wissen, schon seit langem für die Einführung eines allgemeinen, branchenübergreifenden Mindestlohnes aus. Aus meiner Sicht stellt ein solcher Mindestlohn die einzige wirkliche Lösung der Probleme da.«

Die ausgesprochen tiefgründige Diskussion richtete sich vor allem auf folgende Positionen der Arbeitnehmer im Handwerk:

■ Entlassungen sind zu verhindern und Kurzarbeit, wo nötig, auch im Handwerk zu nutzen.

■ Auch für die Handwerksbetriebe ist die Unternehmensfinanzierung zu gewährleisten.

■ Es ist ein Zukunftsfonds »Arbeit, Bildung und Umwelt« einzurichten, um weitere Impulse für das Handwerk auszulösen.

»Wir benötigen eine gerechte soziale Veränderung in der Gesellschaft, unsere Jugendlichen müssen wir fördern und jedem eine Chance auf eine Ausbildung geben. Die soziale Marktwirtschaft müssen unsere Politiker im Sinne unserer Gründerväter umsetzen. ■

GUTE NACHRICHT

Ab 1. Februar gibt es 2,1 Prozent mehr. 510 Euro Pauschalbetrag für die letzten drei Monate und ab 1. Februar 2,1 Prozent mehr, das sind die ersten Stufen unseres Tarifvertrages für die Metall- und Elektroindustrie. Das zeigt: Nur eine starke Gewerkschaft ist durchsetzungsfähig. Um auch zukünftig handlungsfähig zu bleiben und alle Leistungen, von Rechtsschutz bis zum Streikgeld zu gewähren, werden wir satzungsgemäß die Beiträge angleichen.

BERATUNGSTAGE

■ Brandenburg

Magdeburger Landstraße 9, jeden Donnerstag, 8 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr

■ Wittenberge

AOK Service-Center, Perleberger Straße 16, jeden zweiten Mittwoch im Monat, 14 bis 15 Uhr

■ Wittstock, Pritzwalk und Neuruppin nach telefonischer Absprache

IMPRESSUM

IG Metall Oranienburg, Fontanesiedlung 13, 16761 Hennigsdorf, Telefon 0 33 02 – 50 57 20, Fax 0 33 02 – 50 57 77 0

IG Metall Potsdam, Breite Straße 9a, 14467 Potsdam, Telefon 0 33 1 – 20 08 15-0, Fax 0 33 1 – 20 08 15-15, E-Mail: potsdam@igmetall.de, Redaktion: Bernd Thiele (verantwortlich)



13. Gesellentag: Jetzt muss Schutzschirm für Arbeitnehmer aufgespannt werden.

chen nun endlich den Schutzschirm für Arbeitnehmer aufzuspannen.

Wir brauchen eine grundsätzliche Wende zu einer anderen sozialen Politik, die endlich die aus den Fugen geratenen Märkte wirksam kontrolliert, versäumte Investitionen nachholt und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt – das war der Tenor.

Dazu passte das Wort der Ministerin, die die Handwerksunternehmen aufforderte, jedem Jugendlichen eine Chance für eine

Und es ist vor allem zu gewährleisten, dass Arbeitnehmer in den Unternehmen ihre gesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrechte ausüben und damit auch stärker soziale Gerechtigkeit einfordern können.

Dazu ins Bild passt unser Projekt »Demokratie in Handwerk und Mittelstand« zur Initiierung weiterer Betriebsratswahlen.

Unser Vizepräsident, Thomas Erdmann, bedankte sich noch einmal für die interessante Diskussion und stellte abschließend fest:

AUTOMOBILINDUSTRIE IST AM SCHWERSTEN BETROFFEN

Kampf gegen die Krise hat begonnen

Die Finanzspekulation muss an die Kette genommen werden. Großspekulanten und Banker haben mit ihrer Zockerei die ganze Weltwirtschaft in die Krise gestürzt.

Unvorstellbare 102 Milliarden Euro sind erforderlich, um allein die »Hypo Real Estate« zu retten. Nachschlag nicht ausgeschlossen. Der Steuerzahler begleicht die Rechnung, die noch unsere Kinder abzustottern haben.

Da nun weite Teile der Industrie unter Auftragseinbrüchen leiden, droht das große Rad der Wirtschaft zum Stillstand zu kommen.

Seit Karl Marx ist zwar bekannt, dass Überproduktionskrisen zum Kapitalismus gehören. Wenn aber die ganze Welt zur gleichen Zeit betroffen ist, kann man nicht auf »Selbstheilungskräfte des Marktes« hoffen, denn es drohen bleibende Schäden.

In allen Ländern wird staatlich gegengesteuert: Öffentliche Investitionen werden verstärkt, und der Konsum wird angekurbelt. Mit der Abwrackprämie für Au-

tos scheint das zu klappen. Der Topf reicht für 600 000, aber es soll eine Million Interessierte geben. Ungewollt stellt sich sogar eine soziale Komponente ein: Reiche Leute fahren nicht so alte Autos. Logisch, dass eher die Nachfrage nach Kleinwagen stimuliert wird.

Bei der Sprinterfertigung von Mercedes hat man davon erstmal nichts. Aber es gibt indirekte Auswirkungen. So auch bei der Ausweitung von kommunalen Investitionen. Was der Bauwirtschaft dient, belebt auch den Nutzfahrzeugmarkt und den Maschinenbau.

Der Staat kann sicher nicht die gesamte fehlende Nachfrage ersetzen, sondern nur Impulse geben. Mit der verfassungswidrigen Pendlerpauschale wird der private Konsum am stärksten gestützt. Die jetzt fällige Rückzahlung

durch die Finanzämter bringt mehr in die Taschen der Arbeitnehmer als die Steuersenkung. Vor allem in Brandenburg mit weiten Arbeitswegen.

Alles, was den Konsum belebt, muss positiv gewertet werden.

Das Konjunkturprogramm der Regierung hat durchaus gute Ansätze. Aber was sind 50 Milliarden für den Konsum gegen 500 Milliarden für die verzockten Banken?

Seitdem die Krise bei den Menschen angekommen ist, redet kaum noch jemand über die Versursacher.

Der Weltmarkt braucht klare Regularien für Finanzgeschäfte, die solch wilde Spekulation ausschließen. Daran müssen die Regierungen arbeiten. Wenn sie das nicht tun, wird bereits die nächste Goldgrube ausgehoben – und die Rechnung zahlen erneut die kleinen Leute. ■

TERMINE

Im Faserplattenwerk **Kunz/Pfleiderer, Baruth** sind derzeit Tarifverhandlungen. Die IG Metall hat eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5,75 Prozent gefordert. Der Arbeitgeber hat bisher nur die »Flexibilisierung« des Weihnachtsgeldes angeboten. Dies lehnt die IG Metall ab. »Damit wollen die nur das Weihnachtsgeld einkassieren«, ist die einhellige Meinung der Kollegen. Die nächste Verhandlung ist am 19. März.

Bei **Kieback & Peter, Mittenwalde und Berlin**, gilt seit 2008 eine befristete tarifliche Sonderregelung, nach der bei Bedarf ein bestimmtes Kontingent an zusätzlicher Arbeitszeit erbracht werden muss. Diese Regelung sollte eine Krise überwinden helfen, die durch den Ausstieg eines Familiengesellschafters entstanden war. Zahlreiche Unstimmigkeiten führten dazu, dass die IG Metall jetzt Nachverhandlungen führt.

Bei **Thyssen-Krupp Ludwigsfelde** hat der Arbeitgeber den weiteren Abbau von 25 Beschäftigten angekündigt, Schwerpunkt ist der »indirekte Bereich«. Die Verwaltung wurde allerdings schon im letzten Jahr extrem geschrumpft. In der Produktion wird streckenweise kurzgearbeitet.

Der Europäische Gerichtshof hat den Verfall von **Urlaubsanspruch bei langandauernder Erkrankung** für unzulässig erklärt. Bei Bedarf informiert Tobias Kunzmann.

Jugend- und Auszubildendenvertreter machten sich schlau

Betriebliche Probleme erörtert.

Im Anschluss an die letzten Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) im Herbst 2008 hat unsere Verwaltungsstelle im Februar 2009 ein JAV-Wochenseminar angeboten.

Die JAVs von SMB, Kurbelwelle, Schmiede, Mercedes-Benz, Rolls-Royce, Thyssen-Krupp, Schaeffler und OTLG (VW Er-



satzteilzentrum) lernten die rechtlichen Grundlagen für ihre

Arbeit kennen und versuchten, erste Probleme zu lösen.

Verschiedene betriebliche Themen wie zum Beispiel Mobbing, Fahrtkosten- und Büchergeld, die Übernahme von Azubis nach der Ausbildung spielten hierbei eine Rolle. Viel Wert wurde auf eigenständiges Arbeiten der JAVs gelegt. Mit dabei waren auch JAVs aus Cottbus und von Rolls-Royce in Hessen. Insgesamt war das Seminar trotz eines Heizungsausfalls im Haus sehr erfolgreich und sorgt für mehr Biss bei den JAVs.

MITGLIEDERZUWACHS

Die Zahl der IG Metall-Mitglieder in unserer Verwaltungsstelle ist im Jahr 2008 erneut gestiegen, und zwar um 3,7 Prozent auf 5824. Davon waren 4119 (71 Prozent) in Arbeit, 1238 (21 Prozent) in Rente und 392 (7 Prozent) arbeitslos.

Besonders stark war der Zuwachs bei Auszubildenden und Jugendlichen bis 27 Jahre.

Im Laufe des Jahres gab es 539 Zugänge und 329 Abgänge. Der Ortsvorstand dankt allen Aktiven, die diese positive Entwicklung ermöglicht haben.

IMPRESSUM

IG Metall Ludwigsfelde
Rathausstraße 2
14974 Ludwigsfelde
Telefon 0 33 78 – 80 49 17
Fax 0 33 78 – 80 49 19
Internet: www.ludwigsfelde.igmetall.de
Redaktion: Hermann von Schuckmann (verantwortlich)

GUTER START

Mehr neue Mitglieder

Im Januar konnten wir 37 neue Mitglieder für die IG Metall gewinnen. Damit sind wir unserem Ziel, die Zahl der beschäftigten Mitglieder konstant zu halten, ein großes Stück näher gekommen.

Vielleicht ermuntert das den einen oder anderen Betriebsrat, auch in seinem Betrieb für mehr neue Mitglieder zu werben. Das wir als IG Metall gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten gebraucht werden und Hilfe anbieten, zeigt der nebenstehende Beitrag.

Wir möchten uns bei allen Betriebsräten, Vertrauensleuten und den JAVen für die gute Werbearbeit bedanken. Der Start sollte anspornen, weiter so intensiv neue Mitglieder zu gewinnen.

AUSSTELLUNG

Die einst große Lautex gibt es seit Jahren nicht mehr. Der Betrieb wurde geschlossen. Eine Ausstellung beschäftigt sich mit der Geschichte des ehemals größten Oberlausitzer Textilbetriebs.

Jeden Sonntag von 14 Uhr bis 17 Uhr kann die Ausstellung in der Straße der Jugend 13a in Leutersdorf (Ausschildung »Textilausstellung«) besichtigt werden. Außerhalb dieser Zeiten können mit Kollegen Knösche (035 83 – 78 74 88) oder Kollegen Striezel (035 86 – 78 79 86) Termine vereinbart werden.

IMPRESSUM

IG Metall Bautzen
Dr. Maria-Grollmuß-Straße 1
02625 Bautzen
Telefon 0 35 91 – 52 14-0
Fax 0 35 91 – 52 14 30
E-Mail: vst.bautzen@igmetall.de
Internet:
www.bautzen.igmetall.de
Redaktion: Stephan Hennig
(verantwortlich)

WIRTSCHAFTSKRISE

Was tun, wenn die Kündigung droht?

Die Wirtschaftskrise macht auch um unsere Region keinen Bogen. In einigen Unternehmen wird kurzgearbeitet, in anderen Betrieben stehen Entlassungen an. Wir helfen auch in dieser schwierigen Zeit unseren Mitgliedern mit Rat und Tat.

Die Auswirkungen der Finanzkrise schlagen auch auf Unternehmen in unserer Region durch. Kurzarbeit und Entlassungen stehen auf der Tagesordnung. Wir wollen, dass gerade in der schwierigen wirtschaftlichen Zeit die Arbeitnehmer an Bord bleiben. Der Grund ist einfach: Fachkräfte, die man heute verliert, hat man in der Zeit des Aufschwungs nicht mehr. Der Gesetzgeber hat die Dauer des Bezugs von Kurzarbeitergeld ausgeweitet. Werden in der Zeit die Beschäftigten qualifiziert, erstattet die Bundesagentur den Unternehmen die Remanenzkosten, unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 100 Prozent.

Im Idealfall wird das Kurzarbeitergeld durch das Unternehmen in einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat aufgestockt. Hier zeigt sich wieder wie wichtig Betriebsräte sind. Sie regeln solche Fragen in Betriebsvereinbarungen mit der Geschäftsleitung. Aber auch bei Kündigungen haben Betriebsräte ein wichtiges Wort mizureden. Der Betriebsrat kann widersprechen und bei Massenentlassungen einen Interessenausgleich und Sozialplan ver-

einbaren. Damit wird für die Betroffenen dann wenigstens eine Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes möglich. Aber auch der Wechsel in eine Transfergesellschaft, die sich dann mit Profiling und Umschulung um die vom Personalabbau betroffenen Arbeitnehmer kümmert, kann vereinbart werden.

Arbeitnehmer, die eine Kündigung erhalten haben, sollten auf jeden Fall sich mit ihrem Betriebsrat in Verbindung setzen.

Wird eine Kündigungsschutzklage eingereicht, sollte auf jeden Fall auch der Weiterbeschäftigungsanspruch geltend gemacht werden.

Unsere Mitglieder erhalten natürlich eine umfassende Beratung, wenn eine Kündigung ansteht oder gar schon ausgesprochen wurde. Wichtig ist, sich so schnell wie möglich bei uns zu melden. Auf keinem Fall sollte man ohne Beratung durch uns etwas unterschreiben.

Wir hören immer wieder, dass Beschäftigte zu einer schnellen Unterschrift gedrängt werden. Hier sollte man standhaft bleiben und sich nicht zwingen lassen.

Kolleginnen und Kollegen, die in Kurzarbeit sind oder entlassen wurden, müssen sich bei uns auf jedem Fall melden.

Der Mitgliedsbeitrag wird natürlich an den veränderten Verdienst angepasst. Bei Kurzarbeit über einen längeren Zeitraum reduziert sich der Beitrag entsprechend. Und bei Arbeitslosigkeit beträgt der Mitgliedsbeitrag nur noch 1,53 Euro.

Wichtig ist die rechtzeitige Information an die Verwaltungsstelle. Ilona Jäger (03591 521020) nimmt die Beitragsanpassung entgegen.

Die Leistungen bleiben aber in jedem Falle erhalten. Ob Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, auf die IG Metall kann man sich immer verlassen. Weniger Beitrag, aber 100 Prozent Leistung.

Bei allen arbeitsrechtlichen Fragen ist Ramona Sbieschne (035 91 – 52 14 14) die Ansprechpartnerin. Sie berät unsere Mitglieder und bereitet die Unterlagen für die weitere Bearbeitung durch die DGB – Rechtsschutz GmbH vor. Natürlich hilft Ramona auch bei Fragen zum Arbeitslosengeld und ALG II weiter. ■

Aktionswochen zur Rente gehen weiter

Nach dem Auftakt am 9. Februar in Leipzig folgt eine Podiumsdiskussion in Bautzen.

Auch in Ostsachsen sind viele Menschen von Altersarmut betroffen. Wer sich mit Minijobs oder mit einem Lohn weit unter Tarif über Wasser halten muss, der wird auch später mal eine niedrige Rente bekommen. Aus unserer Sicht kann hier nur ein gesetzlicher Mindestlohn ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Der Mindestlohn regelt aber nicht alles. Es muss deshalb darum gehen, in noch mehr Betrieben Tarifverträge abzuschließen.

Wir müssen aber auch unsere Anforderungen an eine Politik im Interesse der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner deutlich machen. Nur so können wir Einfluss nehmen.

Auf der Podiumsdiskussion mit Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Wissenschaftlern und Betroffenen wollen wir Altersarmut in den Mittelpunkt rücken und aus Sicht der Gewerkschaften not-

wendige Lösungswege diskutieren.

Interessierte Kollegen und Kolleginnen aus den Betrieben, Betriebsräte und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen können natürlich an dieser Podiumsdiskussion am 11. März 2009 im Hotel »Residence«, Wilthener Straße, Bautzen, teilnehmen. Anmeldungen bitte bis 9. März an den DGB, Region Ostsachsen, 035 91 – 420 42 oder per Email ostsachsen@dgb.de.

TERMINE

■ **2. März, 14 Uhr**
Betriebsrätetagung
Gewerkschaftshaus,
Jägerstraße 5-7,
09111 Chemnitz

■ **9. März, 17 Uhr**
Ortsjugendausschuss
ZOB,
Weststraße 8,
09112 Chemnitz

■ **10. März, 20 Uhr**
Frauentagsveranstaltung
Chemnitzer Kabarett
An der Markthalle 1-3,
09111 Chemnitz

■ **18. März, 16 Uhr**
Delegiertenversammlung
Gewerkschaftshaus,
Jägerstraße 5-7,
09111 Chemnitz

■ **23. März, 17 Uhr**
Ortsjugendausschuss
ZOB,
Weststraße 8,
09112 Chemnitz

■ **16. bis 18. März,**
Klausur Seniorenarbeitskreis
Hotel »Am Kunnerstein«,
Waldstraße 23,
09573 Augustusburg

IN KÜRZE

Kompass-Workshop

Unter dem Motto: »Gemeinsam für ein Gutes Leben« können sich Jugendvertreter, Vertrauensleute, Betriebsräte vom 20. bis 22. März in der Bildungsstätte Berlin auf das Superwahljahr einstimmen, ohne dabei den Blick auf die Betriebsratswahlen 2010 zu verlieren.
Anmeldung:
chemnitz@igmetall.de

BELEGSCHAFT HATTE LEERE VERSPRECHEN SATT

PSW in Brand meldet Insolvenz an

Die Belegschaft der PSW Massivumformung GmbH zwingt nach langer Odyssee den Chef, Insolvenz anzumelden. Betriebsrat und IG Metall begleiten den Geschäftsführer auf der Fahrt zum Amtsgericht nach Chemnitz. Insolvenzverwalter Junker sieht Sanierungschancen.

Über das Vermögen der PSW Massivumformung GmbH in Brand Erbsdorf wurde Insolvenz angemeldet.

Was hier in knappen Worten steht, war eine monatelange Auseinandersetzung zwischen der Belegschaft und den Herren Theerkorn und Listner.

Ein Neubeginn (MBO) ohne den alten Vorstand (Theerkorn) sollte die Wende im November des vergangenen Jahres bringen. Zahlungspläne für die ausstehenden Löhne und Gehälter wurden »geschmiedet« und der Einstieg eines industriellen Partners in Aussicht gestellt. Letztlich zerschmolz alles, wie der Schnee in der Frühlingssonne. Die Beschäftigten standen mit leeren Händen da. Und dennoch fiel es Lothar Hengst und seinen Kollegen von

der Schmiedetechnik nicht leicht: Der Gang zum Insolvenzgericht am 21. Januar 2009 war für ihn, nach den wiederholt leeren Versprechungen der letzten Wochen, der einzige noch mögliche Weg. »Wir haben lang genug gewartet, eigentlich zu lange. Aber die Hoffnung, begleitet von der Angst um den Arbeitsplatz, stirbt ja bekanntlich zuletzt«, meinte ein von der Anspannungen der letzten Tage gezeichneter Betriebsratschef.

»Um das ganze zu beschleunigen, haben wir Herrn Listner in seinen Geschäftsräumen besucht und mit mehr als einhundert Stimmen aus der Belegschaft »überredet«, selbst Insolvenz anzumelden. Nur so konnten wir das Verfahren beschleunigen«, schildert Metaller Hengst den

Fortgang der Odyssee. Mit dem Insolvenzverwalter an Bord gilt es Kräfte zu bündeln, um einen Investor für das Traditionsunternehmen zu finden.

»Das wird ganz schwierig«, ist sich Ullrich Heim von der IG Metall sicher. »In jeder Krise (Insolvenz) steckt zwar eine Chance. Aber auch ein Insolvenzverwalter braucht Zeit. Deshalb muss eine Belegschaft mit ihrer Interessenvertretung bei Lohnrückstand schneller Druck mit aller Konsequenz aufbauen. Angst ist dabei immer ein schlechter Berater.« ■

Nur in Dresden nachdenken?

»Geh denken« – ein klares Votum gegen den Rechtsextremismus.

Am 14. Februar waren auch Chemnitzer Metallerinnen und Metaller in Dresden dabei. Friedlich aber entschlossen zeigten sie Gesicht gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten.

Mit klarer Botschaft – In unserem Herzen ist kein Raum für »Braun« – reihten sich die GewerkschafterInnen in den Demozug »Geh denken« ein.

»Wer Menschenrechte mit Füßen tritt und die Demokratie beiseitigen will, darf nicht in Parlamenten und in Köpfen Fuß fassen«, gibt sich eine Kollegin kämpferisch. »Es bedarf aber noch mehr Anstrengungen – nicht nur im Februar in Dresden oder im Superwahljahr«, ist sich die Vertrauensfrau von Conti sicher.



Chemnitzer Metallerinnen und Metaller waren in Dresden dabei.

Einladung zum Mitmachen

Man müsste ein Plakat malen gegen die Gefahr von Rechts. Man sollte eine Aktion in der Innenstadt vorbereiten. Doch wer ist man? Wo und wann fängt man an?

Angefangen hat es schon. Das Plakat und andere Ideen zur Demo in Dresden (siehe Bild) sind dort entstanden.

In der Zukunftswerkstatt-Otto-Brenner (ZOB) in der Weststraße 8 in Chemnitz trafen sich Metallerinnen und Metaller, um kreativ zu sein und gemeinsam zu basteln.

Und es geht in Kürze weiter. Am 12. März, 17. März und 26. März heißt es jeweils von 17.30 Uhr bis zirka 20 Uhr im ZOB – »Gemeinsam aktiv und kreativ«.

Du bist mit Kind und Kegel herzlich eingeladen.

► www.chemnitz.igmetall.de

IMPRESSUM

IG Metall Chemnitz
Jägerstraße 5-7
09111 Chemnitz
Telefon 03 71 – 6 66 03-0
Fax 03 71 – 6 66 03-60
E-Mail: chemnitz@igmetall.de
www.chemnitz.igmetall.de
Redaktion: Mario John (verantwortlich)

TERMINE

■ **1. März, 10.30 bis 12 Uhr**
Mitgliederversammlung für alle
Beschäftigten im Kfz-Handwerk
 Ort: Volkshaus Dresden, Schützenplatz 14, 01067 Dresden
 Die derzeitige Situation in der gesamten Branche, die vom Dachverband des Kfz-Handwerks angekündigte Reduzierung der Beschäftigtenzahlen sowie die vor uns stehende Tarifausschöpfung macht diese Versammlung notwendig.

■ **4. März, 9 Uhr**
Betriebsräte-Info
 IG Metall Riesa,
 Goethestraße 102, 01587 Riesa

■ **11. März, 17 Uhr**
Vertrauensleute-Arbeitskreis
 IG Metall Riesa, Goethestraße
 102, 01587 Riesa

■ **18. März, 16.30 Uhr**
Delegiertenversammlung
 IG Metall Riesa

■ **19. März, 17 Uhr**
Delegiertenversammlung
 IG Metall Dresden

■ **26. März, 9.30 Uhr**
Senioren-Mitgliederversammlung
 Ort: Volkshaus Dresden, Schützenplatz 14, 01067 Dresden
 Thema: Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung und die Auswirkungen auf die Senioren.

FÜR DIE ZUKUNFT DES CHIP-STANDORTS DRESDEN

Metaller aus Dresden in Straßburg

Am Mittwoch, dem 4. Februar, trafen sich drei Vertreter der IG Metall, davon zwei Betriebsräte von Qimonda und Infineon Dresden in Straßburg mit Abgeordneten der Linken Fraktion des Europäischen Parlaments. Ein Bericht von Sabine Kiok.



Sabine Kiok, Vertrauenskörperleiterin bei Qimonda Dresden.

Die Linke Fraktion des Europäischen Parlaments hatte zu einer Anhörung vor der Fraktion zum Thema »Rettung Qimonda« eingeladen. Die ebenfalls anwesenden Gewerkschafter aus Villa de Conde

in Portugal und wir machten deutlich, dass die Schließung von Qimonda nicht nur für die beiden Standorte eine Katastrophe bedeuten würde, sondern auch die europäische Halbleiterindustrie dadurch in die Bedeutungslosigkeit geraten würde.

Das werden wir nicht hinnehmen. Angesichts der bekannt gewordenen Tatsache, dass Frankreich für seinen Halbleiterhersteller STM 475 Millionen Euro bereitstellen wird und das von der EU gebilligt werden soll, stellt sich die Frage, warum Qimonda keine Förderung wert ist, obwohl hier

die weltweit beste Technologie, die Buried Wordline, gerade fertig entwickelt und in Produktion gebracht wurde. Die Abgeordneten des Parlaments sehen es als dringend an, dass die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der Halbleiterbranche europaweit koordiniert zwischen den Staaten der Union erfolgen müssen.

Eines haben die Gewerkschafter beider Länder geschafft: Die Qimonda-Frage ist im Märzplenium auf der Tagesordnung. Die EU-Kommission muss eine Erklärung dazu abgeben. Hoffen wir, dass es für Qimonda nicht zu spät ist. ■



Gemeinsame Demo mit 2800 Teilnehmern in Dresden am 3. Februar.



Azubis demonstrieren in Dresden für den Erhalt der Ausbildungsstätte.

Lehrjahre sind keine Herrenjahre?

IG Metall Jugend steuert mit Vorfeldarbeit auf Ausbildungsmessen gegen diese Herr-im-Hause-Mentalität.

Er ist schon Tradition geworden, der IG Metall-Stand auf den Ausbildungsmessen in Riesa und Dresden. Während bei der Riesaer Ausbildungsbörse etwa 120 zukünftige Azubis mit oder ohne Eltern informiert werden konnten, waren es auf der Dresdner Messe »Karrierestart« am 23. bis 25. Februar sogar etwas mehr.

Ziel des Engagements ist es, den Jugendlichen einen berufsorientierten Einblick in die regionale Ausbildungslandschaft zu geben und dabei mit Hilfe von speziell entwickelten Materialien auch den so wichtigen Blick auf die eigenen Rechte während der Ausbildung

zu lenken. Die Pflichten werden den Jugendlichen sehr schnell nahe gebracht. Die Rolle der Gewerkschaft und Grenzen der Ausbeutung des Azubis als billige



Manuela Bergmann (IG Metall Dresden) beantwortet die Fragen am Infostand der »Karrierestart«.

Arbeitskraft fällt als Thema unter den Tisch.

Wann Azubis anfangen, ausbildungsfremde Tätigkeiten zu verrichten, definiert der Ausbildungsrahmenplan. Nämlich dann, wenn ich was machen soll, was nicht drin steht. Wie sieht der aber aus? Warum ist das Berichtsheft gerade für mich wichtig? Wie kann ich mir bei Problemen Hilfe suchen? Das sind die klassischen Bratungsthemen auf den Messen.

»Lehrjahre sind keine Herrenjahre«, auch heute noch ein Spruch, gegen den die Azubis mit Hilfe der IG Metall erst lernen müssen gegenzusteuern.



IMPRESSUM

Kooperationsverwaltungsstellen IG Metall Dresden und Riesa, Telefon Dresden: 03 51 – 86 332 00, Telefon Riesa: 03 52 25 – 73 0121, Redaktion: Willi Eisele (verantwortlich)

IN KÜRZE

■ Rente muss zum Leben reichen – Umdenken für eine solidarische Rente

Am Montag, 9. Februar, war im Leipziger Congress-Center die Auftaktveranstaltung der DGB-Landesbezirke Sachsen Anhalt und Sachsen Thüringen zur Kampagne »Rente muss zum Leben reichen«.

Über 1100 Kolleginnen und Kollegen füllten den großen Saal des Congress-Centers. Mitwirkende des Kabarets die »Pfefermühle« setzten sich auf ihre Art mit dem Thema Rente auseinander, sehr drastisch, aber dafür um so verständlicher und auch wieder gleich ernüchternd. Hauptredner der Veranstaltung war die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Annelie Buntenbach. Betroffene Kollegen stellten anhand ihrer Erwerbsbiografie ihr »Rentenergebnis« dar.

Bei allen Mitwirkenden kam klar heraus, dass die Rentengesetzgebung, so wie sie jetzt praktiziert wird, zu einer katastrophalen Altersarmut führt. Nur eine Zahl: Ein Jahr für einen Hartz IV-Empfänger bringt für ihn einen jährlichen Rentenanspruch von 2,19 Euro. Diese Zahl spricht für sich. Einer, der es auf über 40 Versicherungsjahre bringt und durchgehend beschäftigt war, muss mit einer Rente von zirka 800 Euro netto rechnen. Fazit dieser Veranstaltung ist: Das bestehende Rentensystem muss in eine Erwerbstätigenversicherung überführt werden, das heißt, alle, die heute schon von dem System profitieren, Freiberufler, Selbständige, Beamte und so weiter, müssen ihren solidarischen Beitrag leisten. Eines muss uns auch klar sein, nur über die Lohnentwicklung und tarifvertraglich vereinbarte Regelungen werden wir die Lücke auf keinen Fall schließen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Es ist Wahljahr – nutzen wir die Chance. Es muss eine generationsübergreifende Solidarität geben, die sich auf der Straße zeigt.

LEIPZIGER NETZWERK FÜR VERTRAUENSLEUTE ERFOLGREICH GESTARTET

Das Motto »Versuch macht klug«

Unter dem Motto »Versuch macht klug« startete am 17. Januar die erste Veranstaltung des neuen Vertrauensleute-Netzwerks der IG Metall Leipzig. Als Thema hatten sich die Kolleginnen und Kollegen den Bereich »Tarifrecht und Tarifpolitik im Betrieb« ausgewählt.

Aus der Befürchtung, dass nur wenige Vertrauensleute bei schwierigen Wetterbedingungen ihren freien Samstag-Vormittag opfern würden, wurde schnell die Verunsicherung, ob die 60 Sitzplätze für die Teilnehmer reichen.

Ein Mix aus thematischen Vorträgen und sofortiger Diskussion aus den Reihen der Vertrauensleute ließ die Veranstaltung kurzweilig werden.

Inhaltlich reichte die Palette von den gesetzlichen Grundlagen des Tarifrechts bis zur konkreten Verantwortung der Vertrauens-



Erstes Vertrauensleute-Netzwerk-Treffen: Viele kamen und profitierten.

leute im Rahmen der Tarifpolitik im Betrieb.

Fazit der Teilnehmer: Ein gelungener Start des Vertrauensleu-

te-Netzwerks. Es sollen weitere Veranstaltungen folgen, welche die Arbeit der Vertrauensleute im Betrieb unterstützen. ■

Farbe bekennen – für Courage, Toleranz und Demokratie

500 waren in das Theater der Jungen Welt gekommen, um gegen die Rechtsradikalen zu protestieren.

Die Veranstaltung im Theater der Jungen Welt »Farbe kennen – Ein offenes Haus für Courage, Toleranz und Demokratie« richtete sich insbesondere gegen die rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen der rechtsradikalen NPD, die im Stadtteil Lindenau kürzlich ein »Bürgerbüro« und »Jugendzentrum« eröffnet hat.

»Beeindruckend ist die Vielfalt der Initiativen und Organisationen. Mitzuerleben, dass so viele unterschiedliche Personen

(-gruppen) sich für ein gerechtes und menschenwürdiges Leben einsetzten, macht Hoffnung und Mut. Um so schlimmer empfand ich die Tatsache, dass diese Veranstaltung nur unter Polizeischutz und Auflagen möglich war«, berichtete Manuela Conte, Trainee der IG Metall-Verwaltungsstelle Leipzig.

Gemeinsam setzten rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Zeichen für: Solidarität gegen Angst, Toleranz gegen Rassismus und Demokratie gegen Neofaschismus.



Mit dem Zitat von Martin Niemöller beteiligten sich der DGB und die IG Metall Leipzig zusammen mit den Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen an dem bunten Programm.

TERMINE

■ **4. März, 14.30 Uhr**
Mitgliederversammlung
Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Kieler Straße
63–65, 04357 Leipzig

■ **23. März, 10 Uhr**
Erwerbslosenfrühstück
Zentrum für Integration e.V.
Demmeringstraße 115
04177 Leipzig

IMPRESSUM

IG Metall Leipzig
Erich-Zeigner-Allee 62
04229 Leipzig
Telefon 03 41 – 4 86 29-0
Redaktion: Sieglinde Merbitz
(verantwortlich)

»Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie die Sozialisten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialist.
Als sie die Juden einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«

Martin Niemöller

AUSSENSTELLEN

■ Aue

jeden 1. und 3. Donnerstag
5. und 19. März, 13 bis 17 Uhr
Hansa-Haus, Wettiner Straße 2

■ Annaberg-Buchholz

jeden 3. Dienstag im Monat
17. März, 14 bis 17 Uhr
Dresdner Straße 22, Zimmer 212

■ Auerbach

jeden 1. und 3. Donnerstag
5. und 19. März, 15:30 bis 17:30 Uhr,
ABC-Altmarkt 9

■ Klingenthal

jeden 1. und 3. Mittwoch
4. und 18. März, 14 bis 17:30 Uhr
Lindenstraße 3

■ Plauen

jeden 1. und 3. Dienstag
3. und 17. März, 13 bis 17 Uhr
Martin-Luther-Straße 42

■ Reichenbach

26. März, 15 bis 17 Uhr
Haus der Vereine, Fritz-Ebert-Straße 25

FRAUENTAG

Die diesjährige Veranstaltung zum Internationalen Frauentag ist am Montag, 9. März, um 18

Uhr im Gewerkschaftshaus in Zwickau.

Kollegin Sabine Zimmermann, DGB-Vorsitzende



Region Vogtland/Zwickau begrüßt die Gäste. Danach gibt es einen Empfang mit dem Kabarett »Mit Karacho zum Karoshi« – Arbeit bis zum Umfallen.

Um auch vogtländischen Kolleginnen die Teilnahme an der Veranstaltung zu erleichtern, wird ein kostenfreier Bustransfer organisiert. Abfahrt von Plauen in der Hohen Straße um 16.45 Uhr. Es wird um eine Anmeldung sowohl zur Veranstaltung als auch für den Bustransfer bis zum 4. März unter Telefon 03 75-27 36-3 06 oder 0 37 41-22 22 00 gebeten.

TEXTILINDUSTRIE OST

Tarifauftakt ist am 21. März

Bitte kommt recht zahlreich zur Auftaktveranstaltung am 21. März nach Chemnitz.

Die Mitglieder des Branchenausschusses Textil haben in ihrer Sitzung im Februar bekräftigt, dass die Beschäftigten keineswegs gewillt sind, sich von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppeln zu lassen. Wir wollen uns daher zahlreich an der Auftakt-

veranstaltung am Samstag, dem 21. März, im Hotel Mercure in Chemnitz ab 10 Uhr beteiligen. Meldet euch bitte bis zum 13. März bei der IG Metall Zwickau unter Telefon 03 75-27 36-0 an. Hier erfahrt ihr auch die Abfahrtszeiten der Busse. ■



Unser Ziel: keine Entlassungen im Jahr 2009

IG Metall und Betriebsräte ergreifen Initiative zur Beschäftigungssicherung.

Die Wirtschaftskrise trifft auch viele Unternehmen in unserer Region. Doch statt den Kopf in den Sand zu stecken, heißt es für die IG Metall und die Betriebsräte: Initiative ergreifen statt zu resignieren.

In den letzten Wochen wurde in den Betrieben viel über die Einführung von Kurzarbeit disku-

tiert. Anknüpfend an die Schulung zur Mitbestimmung bei der Einführung von Kurzarbeit gab es am 22. Januar eine weitere Betriebsratsinformation. Nahezu 50 Betriebsräte aus Betrieben der Metall-, Elektro- und Textilbranche nutzten die Gelegenheit, mit einer Vertreterin der Arbeitsagentur die Umsetzung im Betrieb

zu diskutieren. Fragen zur Abgeltung von Urlaub, Arbeitszeitkonten, die Verhinderung betriebsbedingter Kündigungen und die Berechnung des Kurzarbeitergelds standen im Mittelpunkt der Veran-

staltung. Nun geht es an die Umsetzung der Kurzarbeit in den Betrieben. Gemeinsam mit der IG Metall werden nun alle Anstrengungen unternommen, diese schwierigen Zeiten zu meistern. Unser Ziel bleibt: Keine Entlassungen in 2009.

Übrigens: Falls ihr von Kurzarbeit betroffen seid, ergeben sich unter Umständen Änderungen beim IG Metall-Beitrag. Wendet euch bei Fragen hierzu an euren Betriebsrat.



Betriebsräte tauschen Erfahrungen aus.

BEITRAG

■ Tarifliche

Beitragsanpassung

Liebe KollegInnen, bitte beachtet, dass ab Februar 2009 die IG Metall Beiträge laut Tarifvertrag um 2,1 Prozent angehoben werden. Sollten Änderungen nötig sein, so bitten wir um sofortige Benachrichtigung. Korrekturen werden nur für einen Monat rückwirkend durchgeführt.

IMPRESSUM

IG Metall Zwickau
Bahnhofstraße 68-70
08056 Zwickau
Telefon 03 75 - 27 36-0
Fax 03 75 - 27 36-500
E-Mail: zwickau@igmetall.de
Internet:
www.zwickau.igmetall.de
Redaktion: Stefan Kademann
(verantwortlich), Katrin Puchta

Der Film »Rentenangst« klärt auf

Die Solidarität von Alt und Jung ist notwendig.

Am 2. Februar gab es in Kooperation mit dem DGB, den »Linken«, Attac und der IG Metall eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion zur Altersvorsorge in Plauen.

Eindrucksvoll schilderte der Film »Rentenangst«, wie gezielt durch verschiedene Institutionen die private Altersvorsorge vermarktet wird. Der Film zeigt auf, welche Interessen diese Akteure haben und wie dies alles mit der Versicherungswirtschaft verknüpft ist. Der Film spricht

gezielt auch junge Menschen an und ruft zur Solidarität von Jung und Alt auf, die allerdings politisch nicht gewollt sei.

Der berühmte Satz von Norbert Blüm »Die Rente ist sicher« könnte auch heute Realität sein, wenn die Politik die gesetzliche Rentenversicherung favorisiert hätte.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass Norbert Blüm Gast auf unserer Delegiertenversammlung am 12. März sein wird. ■